

BAYERN vorwärts

WWW.BAYERNVORWAERTS.DE

KLARTEXT



ICH WILL ES!

Ich will Bayerischer Ministerpräsident werden. Warum? Weil ich Machtmissbrauch und Misswirtschaft der CSU nach 56 Jahren Dauerherrschaft beenden will. Weil ich eine Politik der Vielfalt und nicht der Einfalt wünsche. Weil es in Bayern endlich sozialer und gerechter zugehen muss. Weil ich in 20 Jahren an der Spitze der Landeshauptstadt zeigen konnte, dass ich für erfolgreiche Wirtschaftspolitik, für sozialen Ausgleich und für persönliche Integrität stehe.

Wir haben die besseren Konzepte. Wir setzen auf den Ausbau der Kinderbetreuung und der schulischen Ganztagsangebote (da ist das reiche Bayern Schlusslicht). Wir setzen dem CSU-Schulsterben die wohnortnahe Schule entgegen.

Die Mieter warten seit langem darauf, dass der Staat sie schützt – das werden wir tun. Genauso werden wir gezielt die bisher vernachlässigten Regionen Bayerns fördern und so das Land ins Gleichgewicht bringen.

Auf die Fehlentwicklungen am Arbeitsmarkt hat die CSU überhaupt keine Antworten. Damit jeder von seiner Ganztagsarbeit leben kann, ist der gesetzliche Mindestlohn unverzichtbar. Man kann ihn wählen – mit beiden Stimmen für die SPD.

Wir können das!

Herzlichst, Euer

Christian Ude

JETZT AM SONNTAG WÄHLEN GEHEN: BEIDE STIMMEN FÜR DIE SPD

Die 10 wichtigsten Gründe für Christian Ude und die SPD

- 1. Wirtschaftliches Wachstum:** Unter Christian Ude ist München seit 20 Jahren der Wachstumsmotor Bayerns. Er kann es auch für ganz Bayern.
- 2. Faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen:** Wir führen den gesetzlichen Mindestlohn ein und beenden endlich den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen.
- 3. Bildungschancen für alle:** Wir werden längeres gemeinsames Lernen ermöglichen, mehr Ganztagsangebote schaffen und ein Wahlrecht zwischen 8- und 9-jährigem Gymnasium einführen.
- 4. Bessere Kinderbetreuung:** Wir werden den Ausbau der Kitas forcieren. Mittelfristig soll Kinderbetreuung vollständig kostenfrei werden.
- 5. Mehr Chancen für Frauen:** Wir kämpfen für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit und mehr Frauen in Führungspositionen!
- 6. Solide Finanzpolitik:** Die noch amtierende Staatsregierung hat viele neue Schulden gemacht, gleichzeitig hat Christian Ude in München Schulden abgebaut. Unsere Finanzpolitik ist solide: mit sozial gerechter Steuerpolitik und konsequenter Steuerfahndung für bessere Steuereinnahmen.
- 7. Mieterschutz und Wohnungsbau:** Fehlender Wohnraum und steigende Mieten machen Ärger. Abhilfe kann nur der Freistaat schaffen: mit einer Begren-

NACH 56 JAHREN CSU:

**JETZT HAT BAYERN
DAS WORT!**



Am 15. September gilt's: Beide Stimmen für die SPD - so wird Christian Ude Ministerpräsident!

zung von Mieterhöhungen, einem Verbot der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und mehr Investitionen in den sozialen Wohnungsbau.

8. Chancen für den ländlichen Raum: Damit alle Bayern in ihrer Heimat gut leben können, sorgen wir für gleichwertige Lebensbedingungen in allen Landesteilen: mit besseren Verkehrsanbindungen, wohnortnahen Schulen und schnellem Internet.

9. Offenheit und Toleranz: Wir sorgen dafür, dass niemand aufgrund von Herkunft, Aussehen, Lebensstil, sexueller Identität, Lebensalter oder Behinderung benachteiligt wird.

10. Stilwechsel: Die CSU hat sich den Staat zur Beute gemacht. Die Mehrheit der Kabinettsmitglieder steht unter dem Verdacht der Bereicherung und Misswirtschaft. Christian Ude regiert in München seit 20 Jahren ohne Affären und Skandale. Er wird Schluss machen mit Filz und Amigo-Praktiken im Landtag.

Das komplette Programm und viele weitere Argumente für einen Regierungswechsel in Bayern unter bayenspd.de

©EDK - FOTOLIA.DE



**AM 15.09.:
BEIDE STIMMEN FÜR DIE SPD!**

PKW-MAUT = PENDLERSTEUER

ADAC stellt sich gegen CSU und auf die Seite der SPD

Klare Worte und einmal mehr eine klare Haltung von Christian Ude zu den Hirngespinnsten des Noch-Ministerpräsidenten: „Horst Seehofer hat erklärt, dass er nach der Wahl eine PKW-Maut einführen will. Diese Maut wird zwangsläufig auch für Deutsche gelten. Eine PKW-Maut nur für Ausländer ist rechtlich ausgeschlossen, das weiß auch die CSU. Seehofers PKW-Maut ist nichts anderes als eine Sondersteuer für Pendler. Damit werden gerade die vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer belastet, die im ländlichen Raum wohnen und zur Arbeit pendeln. Das ist Politik gegen den ländlichen Raum in Bayern.“

Bis 1.400 Euro Mehrbelastung

Wenn die PKW-Maut als Vignette kommt, dann kostet sie mindestens 100 Euro im Jahr. Bei einer streckenbezogenen Maut werden es bis zu 700 Euro im Jahr. Das hat nicht die BayernSPD, sondern der ADAC bereits ausgerechnet. Für ein Paar im ländlichen Raum sind das dann 200 bis 1.400 Euro im Jahr zusätzlich. „Wenn ich Ministerpräsident werde, wird es keine PKW-Maut geben. Wer keine Pendler-Steuer zahlen will, muss am 15.09. SPD wählen“, stellt Christian Ude klar.

Die Pendler-Maut-Fakten

- Eine PKW-Maut nur für Ausländer ist rechtlich ausgeschlossen. Das hat auch die schwarz-gelbe Bundesregierung bestätigt.
- Überall in Europa, wo es die PKW-Maut gibt, zahlen auch Inländer.
- Die Terminals für die LKW-Maut stehen schon an deutschen Autobahnen. Sie können auch für die PKW-Maut genutzt werden. Das haben Seehofer und Ramsauer langfristig im Sinn.
- Kommt die Maut, verlagert sich ein erheblicher Anteil des PKW-Verkehrs auf die Landstraßen. Dieses Phänomen kennen viele Menschen, die an stark befahrenen Straßen wohnen, bereits von den LKWs. Und es würde noch schlimmer kommen ...

Die Fünf Maut-Mythen, aufgedeckt vom ADAC

Der ADAC schreibt auf seiner Internetseite, was die CSU sicher nicht gerne lesen wird. Er enttarnt die Maut-Mythen von Seehofer und Ramsauer und stellt sich damit auf die Seite der SPD. Hier ein Auszug der ADAC-Mitgliederinformation:

The screenshot shows the ADAC website interface. At the top, there's a navigation bar with 'Home', 'Info, Test & Rat', 'Reise & Freizeit', 'ADAC Produkte', and 'Mit'. Below that, a search bar and a sidebar menu with categories like 'Tests', 'Ratgeber Verkehr', 'Autodaten & Autokosten', etc. The main content area is titled 'Die fünf Maut-Mythen' and features a large image of a road with a 'MAUT' sign. Below the image, there's a list of myths, with the first one being: '1. Wir zahlen im Ausland, aber die Ausländer lassen kein Geld bei uns. Auch wenn es speziell in den Ferien anders wirkt: Tatsächlich stellen Ausländer übers Jahr nur 5,2 Prozent des Pkw-Verkehrs auf Autobahnen. Und da sie meist bei uns tanken, erbringen sie über die Mineralölsteuer bereits jetzt 195 Prozent der auf sie entfallenden Infrastrukturkosten. Anders beim Anteil ausländischer Lkw von gut 30 Prozent: Ein 40-Tonner belastet die'.

Mythos 1: Wir zahlen im Ausland, aber die Ausländer lassen kein Geld bei uns.

„Tatsächlich stellen Ausländer übers Jahr nur 5,2 Prozent des PKW-Verkehrs auf Autobahnen. Und da sie meist bei uns tanken, erbringen sie über die Mineralölsteuer bereits jetzt 195 Prozent der auf sie entfallenden Infrastrukturkosten.“

Mythos 2: Deutsche PKW-Fahrer werden als Gegenleistung für die Maut bei der KFZ-Steuer entlastet.

„Geht nicht. Das EU-Recht verbietet eine Ungleichbehandlung von deutschen und Autofahrern aus anderen EU-Ländern. Außerdem: Wenn mehr Geld für Straßen durch die angestrebte PKW-Maut eingenommen werden soll, kann es rein rechnerisch gar keine Entlastung geben.“

Mythos 3: Mit der PKW-Maut gibt es endlich mehr Geld für den Straßenbau.

„Bereits jetzt zahlen die Straßenbenutzer jedes Jahr über KFZ-, Mineralöl-, anteilige Mehrwertsteuer und LKW-Maut 53 Milliarden Euro an den Staat – fürs Straßennetz gibt die öffentliche Hand aber nur 17 Milliarden aus. Der große Rest stopft andere Haushaltslöcher.“

Mythos 4: Vignette oder Streckenmaut - Hauptsache, es kommt Geld für Straßen in die Kasse.

„Das Modell Vignette ist ungerecht, ökologisch unsinnig und unsozial: Viel- und Wenigfahrer, Besitzer kleiner und großer Autos werden in einen Topf geworfen. Die Streckenmaut könnte gerechter sein, erfordert aber einen gewaltigen technischen Aufwand, hohe Verwaltungs- und Erhebungskosten. Rund 40 Millionen deutsche PKW müssten mit Erfassungsgeräten ausgestattet werden. Und wo bleiben dabei die Ausländer? Außerdem halten Datenschützer die so registrierten Informationen für äußerst bedenklich.“

Mythos 5: Die Verkehrssicherheit ist nicht gefährdet.

„Ganz im Gegenteil. Eine Autobahngebühr für PKW verlagert einen ordentlichen Teil des privaten Autoverkehrs auf die Landstraßen. Weicht nur jeder fünfte Autofahrer auf Landstraßen aus, wären jährlich rund 350 Verkehrstote und 13.000 Verletzte zusätzlich zu beklagen.“

Klarer als der ADAC kann man es also nicht auf den Punkt bringen: Seehofers PKW-Maut ist rechtlich nicht möglich, wirtschaftlich unsinnig und unsozial. Und daher wird es eine solche völlig überflüssige Pendler-Steuer mit Christian Ude und der BayernSPD auch nicht geben. ■

Ausführliche Infos auf der Internetseite des SPD-Landesvorsitzenden Florian Pronold, Mitglied des Kompetenzteams von Peer Steinbrück und dort zuständig für Verkehr und Infrastruktur: florianpronold.de (unter: **Argumente/Verkehr**)

IMPRESSUM

BayernVorwärts
 CvD: Marco Schneider
Redaktion: Maria Deingruber, Johannes Ehrlicher, Rainer Glaab, Andreas Keller, Holger Reise, Ulrich Meyer
V.i.S.d.P.: Rainer Glaab
BayernVorwärts-Redaktion
 Oberanger 38 / II | 80331 München
 Tel. 089 231711-0 | Fax -38
 E-Mail vorwaerts@bayernspd.de

VERFASSUNGSÄNDERUNGEN: JETZT ENTSCHEIDET DAS VOLK

Fünf Volksentscheide am 15. September



©EDK-FOTOUIA.DE

Am 15. September entscheiden die bayerischen Wählerinnen und Wähler nicht nur über die Zusammensetzung des nächsten Bayerischen Landtags, sondern auch per Volksentscheid über fünf Änderungen der Verfassung des Freistaates Bayern. Die Verfassungsänderungen wurden gemeinsam von SPD, CSU, FDP und Freien Wählern eingebracht. Jetzt müssen die Wahlberechtigten per Volksentscheid zustimmen. Um was geht es? Durch die Volksentscheide sollen fünf neue Staatsziele in der Bayerischen Verfassung festgeschrieben werden:

„Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern, in Stadt und Land“

Unsere Position: Wir wollen Bayern ins Gleichgewicht bringen. Alle Menschen müssen überall in Bayern gute Bedingungen vorfinden, in Stadt und Land: gerecht entlohnte Arbeit, bezahlbarer Wohnraum, wohnortnahe Bildungseinrichtungen, Unterstützung für Familien, hochwertige medizinische Versorgung, eine moderne Verkehrsinfrastruktur, schnelles Internet.

„Förderung des ehrenamtlichen Einsatzes für das Gemeinwohl“

Unsere Position: Ehrenamt und bürgerliches Engagement sind unverzichtbar für unsere Gesellschaft. Wir wollen deshalb, dass die Förderung des Ehrenamts ein neues Staatsziel wird. Wir werden in Bayern das Ehrenamt weiter fördern, für die Erstattung von Auslagen sorgen und uns für eine bessere Berücksichtigung der ehrenamtlichen Tätigkeit bei der Steuer einsetzen.

„Angelegenheiten der Europäischen Union“ – Landtag soll bei wichtigen Entscheidungen gehört werden

Unsere Position: Wir wollen mehr Europa. Und wir wollen mehr Demokratie im nationalen Entscheidungsprozess. Durch die Verfassungsänderung erhält der Bayerische Landtag mehr Informationsrechte und Mitbestimmungsrechte bei der Übertragung von Hoheitsrechten auf die Europäische Union.

„Schuldenbremse“

Unsere Position: Die Schuldenbremse, die ab 2020 zwingend auch für alle Länder gilt, soll die Handlungsfähigkeit des Staats erhalten. Die BayernSPD wird die-



Bayerischer Verfassungsvater mit Weitblick: Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner, der erste SPD-Ministerpräsident Bayerns (1945-1946 und 1954-1957) (FOTO: GEORG-VON-VOLLMAR-AKADEMIE)

se Schuldenbremse unter sozialdemokratischen Grundsätzen ausgestalten. Wir werden sie durch mehr Einnahmen, etwa durch 1.000 zusätzliche Steuerprüfer, und sinnvolle Ausgaben, etwa in Bildung und Infrastruktur, umsetzen. Bei Konjunkturschwankungen oder Notsituationen kann weiterhin auf Kredite zurückgegriffen werden, um flexibel und angemessen reagieren zu können.

„Angemessene Finanzausstattung der Gemeinden“

Unsere Position: Städte, Gemeinden und Kreise sind die Heimat der Menschen. Viele bayerische Kommunen werden von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten regiert. Wir werden durch eine Ergänzung der Bayerischen Verfassung eine angemessene Finanzausstattung für unsere Kommunen gewährleisten. Wir kennen die Probleme vor Ort und wissen: Die Stärkung der finanziellen Basis der Kommunen ist die Grundlage für Lebensqualität und Teilhabe aller Bevölkerungsschichten. Wir lassen die Städte und Gemeinden mit ihren finanziellen Sorgen und Nöten nicht alleine.

Also: am 15.09. fünfmal „ja“ ankreuzen. Und je zwei Stimmen bei den Landtags- und Bezirkswahlen für die SPD.

DER WAHLKAMPF- MITMACH- BAYERNVORWÄRTS

Dieser BayernVorwärts ist nicht nur für Euch zum Lesen gedacht. Ihr sollt ihn auch auf den letzten Metern bis zum Wahltag in Bayern als Wahlkampfmittel nutzen. So ist es gedacht:

1. Schneidet den BayernVorwärts genau in der Mitte zwischen den Seiten 2 und 3 auseinander.

2. Nehmt das Blatt mit den Seiten 1 und 2 und drückt es einer/einem unentschlossenen WählerIn in die Hand. So bekommt sie/er letzte Argumente, um am 15.09. auch wirklich SPD zu wählen.

3. Nehmt die Seite 4 zur Hand und schneidet die drei Ude-Werbe-Banner aus. Klebt sie in die Heckscheibe Eures Autos, in Euer Hausfenster, in die Toilette Eurer Lieblingskneipe, ... Bringt die Banner „unter die Leut“ und helft mit, Unentschlossenen auf den letzten Metern für uns zu gewinnen.

4. Schickt uns ein Foto von Eurer Vorwärts-Verteilung oder von Euren Ude-Bannern im Auto oder sonstwo an vorwaerts@bayernspd.de.

Wir verlosen attraktive Preise unter allen EinsenderInnen.

Was Ihr damit tun sollt? Ausschneiden und so schnell wie möglich in die Heckscheibe Eures Autos, in Schaufenster, Küchenfenster oder sonstwo hinkleben, wo es bis zum Wahlsonntag von möglichst vielen Menschen gesehen wird. **Helft mit!**

Am Sonntag gilt's: Bayern hat **einen besseren Ministerpräsidenten verdient**. Daher:

UDIE WÄHLEIN



Am Sonntag gilt's: Ich wähle einen Ministerpräsidenten, der Wort hält! Tun Sie es auch:

UDIE WÄHLEIN



Am Sonntag gilt's: Filz & Vetterwirtschaft abwählen. Und stattdessen:

UDIE WÄHLEIN



Am Sonntag gilt's: Bayern hat **einen besseren Ministerpräsidenten verdient**. Daher:

UDIE WÄHLEIN

